

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 19. Jahrgang, Nr. 22, 31. Oktober 2002

Einblicke

Selbstverpflichtung

Von Helmut Lölhöff

Zur Abwehr von Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus werden wir die Handlungs- und Vorbeugungsstrategien für Toleranz und gegen Gewalt weiter ausbauen – unter anderem zum Beispiel im ‚Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt‘ einschließlich der Programme Civitas, Xenos und Entimon.“ Diese sechs Zeilen stehen im Kapitel „Sicherheit, Toleranz und Demokratie“ des Koalitionsabkommens von Sozialdemokraten und Grünen.

1998 hatte die rot-grüne Koalition erstmals festgelegt, die politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und seine Bekämpfung zu einem „Schwerpunkt“ zu machen. Dieses Wort ist im Text von 2002 nicht mehr enthalten. In der jetzigen Formulierung ist von „Handlungs- und Vorbeugungsstrategien“ die Rede. Das passt sich in die Grundsätze der Bundesregierung zur Rechts- und Innenpolitik ein, die auf eine Mischung „von der geistig-politischen Auseinandersetzung und anderen Präventionsstrategien bis hin zur Ausschöpfung aller rechtsstaatlich verfügbaren Mittel für Polizei und Sicherheitsbehörden“ baut. Es ist konkret genug, zeitgerecht und vernünftig.

Die Absichtserklärung von 1998 ist nicht ganz so erfüllt worden wie wir erhofft hatten. Aber es wurden sichtbare Ansätze geschaffen und achtbare Leistungen erbracht. Initiativen und Veröffentlichungen wurden ermuntert, unterstützt und gefördert. Auch wenn es Hemmnisse gab – alles in allem hat die Regierung Linie gehalten und Erfolge vorzuweisen.

Nun darf nicht nachgelassen werden. In seinem „Leipziger Appell“ hat der Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ gemahnt, den Kampf gegen rechts nicht Sparzwängen zu opfern. Die Selbstverpflichtung im Koalitionsvertrag 2002 ist aner kennenswert. Aber sie muss umgesetzt werden. Das werden wir auch in den kommenden vier Jahren einfordern.

Kriminelle Aktivitäten

Der NPD-Landeschef von Schleswig-Holstein stand mehrfach vor Gericht – jetzt soll er eine Tankstelle überfallen haben.

Seite 2 ■

Volksverhetzend

Frank Rennicke wurde zu einer Bewährungsstrafe verurteilt – Rechtsbeistand leistete ihm Horst Mahler.

Seite 3 ■

Schnittmengen

Rechtsextremisten und Anarchisten finden eine gemeinsame Plattform.

Seite 4 ■

Neuer Kurswechsel

Bruno Mégret will sich mit seiner Partei künftig von der extremen Rechten in Frankreich abwenden.

Seite 8 ■

Mitmachen erwünscht

Der seit neun Jahren existierende Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ setzt sich für die Bekämpfung von Rechtsextremismus ein.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Gewalt statt Politik**

Peter Borchert, NPD-Chef von Schleswig-Holstein, soll eine Tankstelle überfallen haben. Der Tatverdächtige weist ein erhebliches Vorstrafenregister auf.

Mit neonazistischen Parolen tritt Peter Borchert für Recht und Ordnung ein. Doch der schleswig-holsteinische Neonaziführer soll selbst ein Kleinkrimineller sein. Am 24. Oktober gab die Kieler Staatsanwaltschaft bekannt, dass Borchert und ein weiterer Mitstreiter wegen des Verdachts krimineller Taten festgenommen wurden. Die Staatsanwaltschaft wirft dem NPD-Landesvorsitzenden von Schleswig-Holstein und seinem Kameraden vor, mehrere Überfälle auf Tankstellen und Verstöße gegen das Waffengesetz begangen zu haben.

„Den Personen wird zur Last gelegt, Anfang Oktober in zwei Tankstellen bei Eckernförde eingebrochen zu sein“, erklärt Oberstaatsanwalt Uwe Wick. Da ihnen der Einbruch aber nur bei einer Tankstelle gelungen sei, aus der sie mehrere Gegenstände entwendet hätten, klagt die Staatsanwaltschaft die beiden 29-Jährigen nun wegen Einbruchs und versuchten Einbruchs an. Welcher Verstoß gegen das Waffengesetz vorliegt, gab die Behörde nicht bekannt. Im Zuge der Ermittlungen durchsuchten Beamte des Landeskriminalamts und des Sondereinsatzkommandos die Privatwohnungen der beiden in Eckernförde und Neumünster, sowie den „Club 88 – The very last resort“ in dem Neumünsteraner Stadtteil Gadeland.

Nachdem Peter Borchert von Kiel nach Neumünster gezogen war, hatte er immer mehr die Geschicke des von Christiane Dolscheid offiziell angemeldeten Clubs mit dem programmatischen Namen „Heil Hitler – der allerletzte Ausweg“ gelenkt. In den letzten Jahren haben die örtlichen Rechten den Club zu einem der neonazistischen Zentren aufgebaut. Längst besuchen nicht nur Aktivisten aus dem norddeutschen Raum den Club. Anlässlich des siebenjährigen Bestehens des Zentrums feierten im September dieses Jahres über 700 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet in einer extra gemieteten Halle. Bei den Durchsuchungen der Räumlichkeiten stellten die Beamten, so Oberstaatsanwalt Wick, „umfangreiches Beweismaterial“ sicher.

Nicht zum ersten Mal muss sich die Justiz mit Borchert, der eng mit dem Hamburger Neonaziführer Christian Worch die Szene zwischen NPD und Freien Nationalisten in dem nördlichsten Bundesland dominiert, auseinandersetzen. Bei Verfahren gegen Kameraden erscheint er zwar gerne als rechtschaffener Zeuge und bei Aufmärschen gibt er sich als verlässlicher Ansprechpartner für die Polizei, aber er stand selbst mehrmals vor Gericht. Vor Jahren verurteilte ihn ein Gericht wegen Tötungsdelikten zu sechs Jahren Haft. In diesem Jahr brachte ihm das Tragen einer Waffe bei einem Diskobesuch eine einjährige Bewährungsstrafe ein.

Über den Stand der Anfang dieses Jahres von der Staatsanwaltschaft erhobenen Sammelklage gegen Borchert wegen Landfriedensbruchs, Körperverletzung und Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organe konnte die Behörde keine Auskunft geben. Laut Anklage soll Borchert im April 2001 in der Kieler Innenstadt während eines NPD-Infostands einen Gegendemonstranten angegriffen und mit seinen Stiefeln brutal getreten haben. Im August 2001 habe er in der Landeshauptstadt einen Mann, der an einem „Anti-Rassismus-Treffen teilgenommen hatte“, attackiert und dessen Auto beschädigt. Am selben Tag versuchte er, die Wohnung eines weiteren Antifaschisten auszuspiionieren. Als er im Hausflur von einem Nachbar entdeckt wurde, schlug er auf ihn ein.

Aus Sorge vor einem möglichen Verbot der NPD bemühte sich die Bundesführung schon selbst, den schleswig-holsteinischen Landeschef abzusetzen. Nicht nur, dass sie ihren Einfluss auf den Landesverband schwinden sahen, in den engen Kontakten zu den Freien Nationalisten und den kriminellen Aktivitäten Borcherts erkannte sie auch eine mögliche Argumentationshilfe für ein Parteiverbot. Nachdem der Worch-Vasall, dem Verbindungen ins Kieler Rotlicht-Milieu nachgesagt werden, vor zwei Jahren mit einem Putsch die zu „lasche Spitze“ absetzte und selbst zum Vorsitzenden gewählt wurde, schloss der Bundesvorstand den „neuen Landesverband“ aus. Ein Gericht hob den Beschluss wieder auf und es kam zu einer Aussöhnung.

Auch in Kiel entschied die Justiz am 25. Oktober zu Gunsten des militanten Neonazis. Nach mehrstündiger Vorführung vor den Haftrichter wurde der Haftbefehl außer Vollzug gesetzt. Trotz der laufenden Bewährung. Allerdings, so Wick „unter engmaschigen Auflagen“. Alleine Borcherts Kamerad blieb in Haft.

Andreas Speit

Aktivitäten

Der rechte Ton

Frank Rennie wurde zu einer Haftstrafe auf Bewährung verurteilt. Rechtsanwalt Horst Mahler nutzte den Prozess als Bühne für antisemitische Agitation.

Ob beim Pressefest des Parteiorgans „Deutsche Stimme“ oder beim Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung: Frank Rennie, selbst ernannter „Liedermacher für Familie, Volk und Vaterland“, soll für den rechten musikalischen Ton bei Demonstrationen oder Konzerten sorgen. Mehr als 650 Mal, verrät seine Homepage, ist dies in den letzten über 15 Jahren der Fall gewesen. Und es könnten in näherer Zukunft noch mehr Auftritte, die Rechtsextremisten über alle Generations- und Lagergrenzen gefallen, hinzukommen. Denn das Stuttgarter Landgericht lehnte es ab, den „Nationalen Barden“ hinter Gitter zu schicken. 21 Monate Haft ohne Bewährung wegen Volksverhetzung hatte der Staatsanwalt für den in Ehningen lebenden 37-Jährigen beantragt. Doch die 38. Strafkammer räumte ihm eine Bewährungschance ein.

Ein Text aus der Frühphase des „volkstreu“en Liedermachers, sein „Heimatvertriebenenlied“, hatte ihm das Verfahren eingebracht – und in der ersten Instanz vor dem Amtsgericht Böblingen zehn Monate auf Bewährung. Rennie wie auch die Staatsanwaltschaft gingen in Berufung. Dafür hatte sich der Sänger eines prominenten Rechtsbeistands versichert: Horst Mahler. Und der, schon aus dem NPD-Verbotsverfahren wegen ausufernder Schriftsätze berüchtigt, griff tief in die Trickkiste.

Gleich am ersten Prozesstag stellte er Antrag auf Aussetzung beziehungsweise Einstellung des Verfahrens und wollte alternativ eine Fülle weiterer Zeugen und Sachverständigen gehört wissen: unter anderem Helmut Schmidt und Helmut Kohl, den Staatsrechtler Josef Isensee, den Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birk, den Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer. Mahler beantragte zudem, ein „zeitgeschichtliches Gutachten einzuholen zur Bestätigung der These, dass ‘Kriegsziel Nr. 1’ sowohl der USA als auch der Sowjetunion die ethnische Durchmischung des Deutschen Volkes war“.

„Amis, Russen, Fremdvölker raus, endlich wieder Herr im eigenen Haus“, hatte Rennie in der Erst-

fassung des „Heimatvertriebenenliedes“ – später erschienen entschärfte Versionen – gereimt. Er habe nie zu Hass aufstacheln wollen, beteuerte er nun vor Gericht. Mehrfach habe er den Text juristisch prüfen lassen. Einer der Juristen für solche Aufgaben, der Hamburger Jürgen Rieger, befand denn auch: „Rechtlich unbedenklich.“ Dabei stehe er, so Rieger, im Ruf, eher kritischer zu sein als Kollegen: „Ich will nicht, dass jemand ins Messer läuft.“

Rennie hat diese Vorsicht nichts gebracht. „Das Heimatvertriebenenlied macht alle Nichtdeutschen verächtlich“, betonte der Staatsanwalt. Als Fortsetzung der NS-Rassenideologie solle es zum Hass gegen alles Fremde aufstacheln. Strafverschärfend wertete der Anklagevertreter, dass Rennie die den Holocaust leugnende Schrift „Dokumente der Verteidigung – Unterdrückte Tatsachen über Auschwitz und den Holocaust“ verschickt habe. Ein Neun-Stunden-Plädoyer Mahlers, der ausgiebig aus den „Dokumenten der Verteidigung“ zitierte und 90 weitere Beweisanträge stellte, konnte die Verurteilung nicht verhindern. Der Tenor solcher Anträge ist bekannt: Weitere Zeugen sollten aussagen, dass es zum Beispiel in Auschwitz und Birkenau keine Gaskammern gegeben habe, dass es technisch gar nicht möglich gewesen sei, Juden mit Zyklon B zu töten, dass der Gas-Tod von sechs Millionen Juden in das Reich der Fabeln gehöre. Die „Stuttgarter Zeitung“ kommentierte: „Der rechte Jurist, vom Richter kaum unterbrochen, nutzte den Gerichtssaal als Plattform für antisemitische Äußerungen.“

Zwar verfolgten unter anderem NPD-Parteichef Udo Voigt, sein Pressesprecher Klaus Beier und Dieter Kern vom Bündnis Rechts zeitweise die Verhandlung. Und auch in den einschlägigen Foren des Internet wird gepöbelt: Das Urteil sei „ein weiteres Beispiel dafür, daß die -brd- nicht von uns sondern von den Gelbsterträgern und ihren Bütteln in Robe regiert wird“. Doch Rennie reicht die Resonanz im rechten Lager nicht: „Die allgemeine Gleichgültigkeit anderer nationaler Kreise zu diesem Musterprozess lässt in uns Trauer und Leere zurück. Der Hinweis von manchen, es ist ja nur eine Bewährungsstrafe“, zeigt nur das Nichtverstehen des Urteils und der Tragweite dieses Prozesses.“ Zu dieser Tragweite gehören die finanziellen Auswirkungen: 70 450 Mark waren bei Rennie beschlagnahmt worden – der Erlös aus dem Handel mit Volksverhetzendem. Rennie und seine wegen Beihilfe zu einer Bewährungsstrafe von fünf Monaten verurteilte Frau haben inzwischen Revision gegen das Urteil eingelegt. *Tomas Sager*

Aktivitäten**Zwischen den Lagern**

Bei dem Projekt Querfront.de treffen Rechtsextremisten mit Anarchisten und Punks zusammen.

Wer die Homepage www.querfront.de anklickt, muss zunächst denken, hier seien Linke im Internet aktiv. „Die letzte Schlacht verlieren wir“, dieser leicht abgewandelte Refrain der legendären Polit-Punk-Band „Ton-Steine-Scherben“ prangt auf der Startseite. Darunter wird seit Wochen für eine Israel-Solidaritätsdemonstration geworben, die am 10. November in Essen stattfinden soll. Neben den Aufrufern aus dem antifaschistischen Spektrum ist auf der Homepage eine weitere Unterstützungsgruppe aufgeführt: „Die „Antideutsche Plattform in und bei der Querfront“. Gleich daneben findet sich ein Zitat von „Slime“, einer weiteren Punk-Band aus den 80er Jahren. „Politisch 'rechts', politisch 'links' – das hat doch alles den selben Klang ... Regierung bleibt Regierung – und Regierung, das heißt Zwang!“

Die große Dominanz von Punktexten auf der Homepage ist kein Zufall. Schließlich ist der Heidelberger Internetjournalist und Aktivist der Anarchistischen Pogopartei Deutschland (APPD) Erik Vogel führend an dem Projekt beteiligt. „Querfront.de ist für mich in erster Linie ein multikultureller Treffpunkt, wo sich Menschen unterschiedlicher Weltanschauung und Lebensart zu einem freien, offenen und vor allem gänzlich unreglementierten Meinungsaustausch treffen können“, erklärte Vogel in einem Brief. Deutlicher wird ein anonymes Internetbeitrag unter der Fragestellung: „Was ist Querfront? – Hier treffen sich Neonazis und Linksradi-kale, Humanisten und Anarchisten, und unterhalten sich friedlich.“ Neben Vogel, der sich selbst als „überzeugter Pogo-Monarchist“ klassifiziert, hat auch der langjährige APPD-Vorsitzende Karl Nagel keine Berührungängste nach Rechtsaußen.

Mit dabei ist auch Peter Töpfer, der sich schon als Herausgeber der Zeitschrift „Sleipnir“ und selbst ernannter Nationalanarchist als Querfront-Mentor betätigte. Anders aber als bei „Sleipnir“ oder auf der Homepage der Nationalen Anarchisten, wo ganz offen Holocaust-Leugner im Namen der Meinungsfreiheit unterstützt wurden, hält man sich auf der Querfront-Internetseite mit solch eindeutiger

Positionierung zurück. Dabei dürften strafrechtliche Gründe den Ausschlag geben. Schließlich beschreibt Töpfer ausführlich, wie im August 2001 ein Querfronttreffen in Rotenburg an der Fulda von der Polizei aufgelöst wurde.

Der Begriff „Querfront“ kam in der Endphase der Weimarer Republik auf und bezeichnete den Versuch des kurzlebigen Reichskanzlers Schleicher, durch eine Koalition von Gewerkschaften, Deutschnationalen und Teilen der NSDAP die Machtübergabe an Hitler zu verhindern. Antrieb des schnell gescheiterten Vorhabens waren nicht grundsätzliche Bedenken gegen eine Nazi-Herrschaft, sondern Streitigkeiten der Eliten jener Jahre. Seitdem taucht die Bezeichnung Querfront immer wieder auf, wenn es um Kontakte zwischen dem rechten und dem linken Lager geht. So gab es nach 1989 in einigen osteuropäischen Staaten, zum Beispiel in Russland und Rumänien, teilweise regelrechte Bündnisse zwischen einzelnen Kadern der ehemaligen kommunistischen Staatsparteien und offen nationalistischen und antisemitischen Gruppierungen. Die Gemeinsamkeiten sind der positive Bezug zu Staat, Militär und nationale Traditionen.

■ Kampf gegen „Political Correctness“ als gemeinsame Schnittmenge ■

Doch mit den um Querfront.de versammelten Kreisen ist eine neuartige Bündnis-Konstellation entstanden. Schließlich schien zwischen diffus anarchistisch angehauchten Vertretern der Alt-Punk-Szene und rechten Kreisen die größtmögliche politische Distanz zu bestehen. Die gemeinsame Schnittmenge benennt der Autor der nationalrevolutionären Publikation „Wir selbst“, Marc Schenke, in einem Querfront-Beitrag. „Wir wollen keine Denkverbote. Wir kämpfen gegen die 'Political Correctness'“. Der Kampf gegen Political Correctness, kurz PC-Denken genannt, gehörte zum Standardrepertoire der Punkbewegung. Seit einigen Jahren ist der Anti-PC-Kampf auch ein feststehender Topos des rechten Diskurses. Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ vertrieb sogar Aufkleber mit der Parole „PC – nein Danke“.

Ziel der Querfront-Mentoren ist eindeutig der Abbau von Berührungängsten nach Rechtsaußen. So schrieb ein Anonymus: „Ich werde nie wieder mit platten Argumenten auf Nazis rumhacken können. Das ist es, was Querfront geschafft hat und auch in Zukunft schaffen kann und wird.“ *Peter Nowak*

Aktivitäten

Brave Rechtsrocker**Neonazis feiern Event auf Privatgelände**

„Fast jedes zweite Wochenende ist hier was los“, berichtet ein Anwohner. Schon oft wäre laute Musik vom Anwesen in Kirchseelte geschallt. So auch am 6. Oktober. Über 150 Neonazis reisen zu dem Konzert in dem Ort bei Delmenhorst an der Landesgrenze von Niedersachsen und Bremen an. Eigentlich hatten die Neonaziführer Christian Worch und Thorsten Heise den Event ja für den 5. Oktober in Witten bei Dortmund geplant. Als die Fans des Rechtsrock jedoch im Waldgasthof ankommen, verbietet ihnen die Pächterin den Einlass. Solche Gäste hat sie nicht erwartet. Denn Wochen vorher hätte ein ganz „normaler junger Mann“ den Biergarten für eine Geburtstagsparty gemietet.

Bereits am Nachmittag treffen dann die ersten Rechten mit Freundinnen in Kirchseelte auf dem von Robert Warneke gemieteten Anwesen ein. Nach dessen eigenem Bekunden hätte sich Heise gleich am Sonabend bei ihm gemeldet, damit sie bis Sonntag die Halle herrichten könnten. Seit zwei Jahren wohnt der Neonazi mit mehreren Kameraden in einem Haus neben der Halle auf dem 3000 Quadratmeter großen Gelände.

Trotz der kurzen Vorbereitungszeit konnte gegen 17.00 Uhr das Konzert mit den amerikanischen Bands „Intimidation One“, „Final War“ und den deutschen Gruppen „Gegenschlag“ und „Endlöser“ beginnen. Unter Beobachtung der Polizei genießen die überwiegend glatzköpfigen Gäste die Auftritte. „Es werden keine Straftaten begangen“, erklärt ein Polizeisprecher die Zurückhaltung. Außerdem wären die Anmelder „deutlich vorgewarnt“ worden. Dass diese sich an die Absprachen gehalten hätten, bestätigt am Tag darauf ein Sprecher des niedersächsischen Verfassungsschutz: „Es sind keine strafrechtlich relevanten Parolen gerufen, noch verfassungsfeindliche Symbole gezeigt worden“. Die regelmäßige Nutzung der Halle für neonazistische Veranstaltungen stört nicht nur etliche Nachbarn. Auch der Bürgermeister der Samtgemeinde Harpstedt, Uwe Cordes, ärgert sich, dass immer wieder Neonazis aus Norddeutschland auf dem Grundstück mitten im Ort ihr „Unwesen treiben“. „Juristisch können wir nicht eingreifen“ erklärt Cordes, „da es ein Privatgelände ist“. *Andreas Speit*

Seitenblick

Das lange Schweigen

Über Monate hat er den Regierungschef eines befreundeten Staates auf das Übelste beschimpft, ohne von der Parteispitze zur Ordnung gerufen zu werden. Gleichzeitig wurde er nicht müde, den Vizepräsidenten einer deutschen Religionsgemeinschaft bei jeder sich bietenden Gelegenheit antisemitisch anzupöbeln, wobei er die Gelegenheiten selbst schuf. Wieder hüllte sich die Parteispitze in Schweigen. Um dieselbe Zeit nahm er einen jüdenfeindlichen Flüchtling von den Grünen im NRW-Landtag in die von ihm geführte Landtagsfraktion auf. Dann, kurz vor der Bundestagswahl, folgte das berühmte Flugblatt – ungerügt von den FDP-Oberen in Berlin.

Als seine Partei am 22. September statt der proklamierten 18 gerade mal 7,4 Prozent holte, scharrte die Spitze zwar nervös mit den Schuhen, sonst aber die bekannte Reaktion – Null. Man ließ ihn gewähren. Erst als endlich öffentlich gefragt wurde, woher das Geld für die Flugblattaktion stamme, wurde der Provokateur zum Patienten. Aus dem Spital im heimischen Münster entlassen, flüchtete er auf die Kanaren. Nun, da er vier Flugstunden entfernt die Sonne genoss, gab sich die Führung in Berlin mutig. Laut tönte man, der Delinquent müsse die Namen der großzügigen Spender für das Flugblatt nennen. Doch als die Basis Zeichen von Unmut zeigte, begann sich an der Spitze etwas zu regen. Schließlich ging es jetzt ja um Geld. Der Mann, so er weiter schweige, müsse von seinen Ämtern zurücktreten. Ein Parteigrande zweifelte gar öffentlich an der Zurechnungsfähigkeit des einstigen Bundesministers.

Nun wurde die Stimme des Parteichefs laut. Der Mann sei schuld an der Wahlniederlage. Hatte man bis dahin unterstellt, nur bei der Union klebe jeder an seinem Amtssessel – Helmut Kohls Spenden, Roland Kochs schwarze Kassen, Freiherr von Wittgensteins „Vermächtnisse“, Eberhard Diepgens Bankprobleme – so ist nun deutlich, dass es sich bei der Partei mit den drei Punkten nicht anders verhält. Weder außenpolitisches Rumpöbeln, noch Antisemitismus verdächtiges Geifern oder Partei schädigendes Auftreten reicht, um dort jemanden ins Abseits zu stellen. Erst wenn's ums Geld geht, läuft das Fass über. Wer bis dahin geschwiegen hat, macht sich mit schuldig, Herr Westerwelle. *H.L.*

Grauzone**Örtliche Klängeleien**

CDU-Funktionäre in Karlsruhe tummeln sich aktiv in rechtslastigem Gesprächszirkel. Zahlreiche Referenten dort sind dem Verfassungsschutz bekannt.

Ihren 10-jährigen Geburtstag können am 8. Dezember die „Karlsruher Freitagsgespräche“ feiern. Rund 60 Referenten gaben dem „Konservativen Gesprächskreis“, der seit Jahren unter dem Namen „Karlsruher Freitagsgespräche“ firmiert, bislang die Ehre. Vor zehn Jahren hatte Andreas Heuberger, damals Student in München und Autor in der nationalrevolutionären Schrift „Wir Selbst“, zur Gründung eines „Konservativen Gesprächskreises“ in Karlsruhe aufgerufen. Die Moderation der Gründungsveranstaltung übernahm seinerzeit der Burschschafter Stefan Schlick, Leserbriefschreiber unter anderem in der rechtsextremen Zeitschrift „Europa Vorn“ (heute „Signal“). Zusammengesetzt ist der studentische und jungakademische Debatierclub heute vornehmlich aus der Leserschaft der Publikationen „Criticon“ und „Junge Freiheit“ sowie aus Burschenschaftern und Mitgliedern der deutschen Hochschulgilde Westmark.

Dem rechtslastigen Treiben in dem mit öffentlichen Geldern geförderten Karlsruher „Haus der Heimat“ wurde jetzt allerdings ein Ende gesetzt. Der Kuratoriumsvorsitzende Günther Rüssel hat die Veranstaltungen der „Karlsruher Freitagsgespräche“ in der Vertriebenen-Einrichtung verboten.

Den Stein ins Rollen brachte eine Anfrage des baden-württembergischen SPD-Landtagsabgeordneten Stephan Braun. Er hatte vom Innenministerium in Stuttgart erfahren, dass im Zusammenhang mit den „Freitagsgesprächen“ allein „13 Referenten den Verfassungsschutzbehörden auch mit Erkenntnissen aus rechtsextremistischen Zusammenhängen bekannt“ seien. Darunter befinden sich unter anderem Paul Latussek, Stephan Maninger, Alfred Mechtersheimer, Edmund Sawall, Wolfgang Strauss, Franz Uhle-Wettler und Karlheinz Weißmann. Gerngesehener Referent bei den „Freitagsgesprächen“ war auch Hans-Ulrich Kopp, Alter Herr der Münchner Burschenschaft Danubia, die nach Erkenntnissen des bayrischen Verfassungsschutzes wiederholt NPD-Funktionären ein Forum für verfassungsfeindliche Auftritte geboten hat.

Bekannte „Köpfe“ der Freitagsgespräche sind die Karlsruher CDU-Funktionäre Andreas Gregor Wick, Vorsitzender der CDU Karlsruhe-Nordstadt, und Wolfgang Hanagarth, Schriftführer der CDU Karlsruhe-Nordstadt. Beide gehören zugleich dem Karlsruher Vorstand des Bund der Vertriebenen (BdV) an und sind als eifrige Teilnehmer von Seminaren des umstrittenen Studienzentrums Weikersheim (SZW) bekannt. Wick stand auch in Kontakt mit Alfred Mechtersheimer. So referierte er bei dessen Stiftung „Unser Land“ und rief im Mechtersheimer-Blättchen „Frieden 2000“ seine Anhänger auf, dazu beizutragen, dass Deutschland nicht „zum Eldorado für linke Ideologen wird“. Am 10. Januar 1997 protestierte Wick mit Gleichgesinnten gegen die Wehrmachtsausstellung (Wick: „Wanderzirkus“) vor dem Badischen Kunstverein. Im Folgejahr gratulierte der revanchistische „Witikobund“ Wick zum 35. Geburtstag.

■ „Hagestolz“ lässt grüßen ■

Zeitweilig zusammengearbeitet hat Wick auch mit Norbert Golenia. Beide sind Gründungsmitglieder des Literaturkreises Baden e.V. Unter den Pseudonymen „Hagestolz“ und „Karl Murx“ gab der Rechtsextremist Golenia in den 90er Jahren im Neonazi-Mailboxnetz „Thule“ unter anderem Aufmarschrouten bei Rudolf-Heß-Gedenkmärschen durch und speiste Positionspapiere des NPD-Parteivorsitzenden Udo Voigt ein. 1998 kandidierte Golenia bei der Bundestagswahl auf Platz 19 der baden-württembergischen Landesliste der NPD. Hanagarth sorgte erstmals Ende 1999 für Schlagzeilen. Der Internet-„Netzmeister“ des SWZ hatte auf dessen Website Links zu verfassungsfeindlichen Publikationen wie „Nation&Europa“ oder „Staatsbriefe“ gesetzt.

Die SPD-Landtagsfraktion appelliert nun an den CDU-Landesvorsitzenden und baden-württembergischen Ministerpräsidenten Erwin Teufel, den rechtslastigen Umtrieben der CDU-Funktionäre in Karlsruhe nicht länger tatenlos zuzusehen. Braun, Verfassungsschutzexperte der SPD-Fraktion, forderte Teufel auf, das Beziehungsgeflecht zwischen den Karlsruher Freitagsgesprächen und dem Studienzentrum Weikersheim aufzudecken. Der parlamentarische Geschäftsführer und Karlsruher SPD-Abgeordnete Günter Fischer verlangt, dass die beiden CDU-Politiker Wick und Hanagarth ihre Funktionen in der Partei umgehend niederlegen müssten.

Anton Maegerle

Ausland

Dilettanten-Truppe

Wohl noch keine rechtspopulistische Partei ist mit annähernd unprofessionellem Personal in eine Regierung eingezogen wie die LPF in den Niederlanden.

Ein halbes Jahr nach dem ersten Regierungsantritt einer rechtspopulistischen Partei in den Niederlanden wird am 22. Januar 2003 wieder gewählt. Neuwahlen waren nötig geworden, nachdem Ministerpräsident Jan Peter Balkenende am 16. Oktober das Aus der Koalition aus Christdemokraten (CDA), Rechtsliberalen (VVD) und der rechtspopulistischen Liste Pim Fortuyn (LPF) erklärte und Königin Beatrix um Entlassung des Kabinetts bat. Die Regierung war am Ende, nachdem der lange schwelende Machtkampf zwischen LPF-Wirtschaftsminister Herman Heinsbroek und LPF-Gesundheitsminister Eduard Bomhoff dermaßen ausgebrochen war, dass die LPF in kompletter Verwirrung – und damit das Land unregierbar geworden war. Dass der kometenhafte Aufstieg der LPF, die im Mai unmittelbar nach dem Mord an ihrem Anführer Pim Fortuyn zur zweitstärksten Kraft gewählt worden war, bei Neuwahlen anhält, ist ausgeschlossen. Nach jüngsten Umfragen käme die LPF, die mit einer kruden Mischung aus Populismus à la Schill, kombiniert mit xenophoben Stereotypen an den Start ging, statt auf 26 nur noch auf drei Sitze.

Die wiederum muss sie vermutlich auch noch teilen: Eine Woche nach dem Aus für die Regierung kündigte Heinsbroek, der vor seiner politischen Karriere als Musikproduzent Millionen verdiente, die Gründung einer neuen Partei an: Künftig will er mit der Liste Neue Politik (LPN) die „bisher nicht verwirklichten Standpunkte“ der LPF vertreten. Die verbliebenen LPFler werfen ihm Verrat vor: Er habe den Bruch der Koalition provoziert, um sich in den Vordergrund zu spielen, hieß es von Seiten des LPF-Fraktionsvorsitzenden Mat Herben, der mehr oder weniger unverhüllt ebenfalls seinen Abschied angekündigt hat. Er habe keine Interesse, als Abgeordneter einer Splitterpartei im Kabinett zu sitzen.

Illustrierweise wird in der Debatte über die LPF-Spaltung oft übersehen, dass die Partei selber ein Spaltprodukt ist. Als die Liste „Leefbaar Neder-

land“ ihrem prominenten Mitglied Pim Fortuyn ultimativ erklärte, er möge rassistische Äußerungen unterlassen, zog Fortuyn von dannen und gründete seine eigene Liste. Auch Leefbaar Nederland, deren Programm eher dem der deutschen Statt-Partei ähnelt, existiert im Übrigen immer noch und wird vermutlich zu den Wahlen antreten. Die meisten ehemaligen LPF-Stimmen dürften an die VVD gehen, deren ehemaliger Vorsitzender Frits Bolkestein (heute EU-Kommissar für den Binnenmarkt) rechtslastige Thesen in den Niederlanden Mitte der 90er-Jahren als erster im Kampf um Wählerstimmen einsetzte – und damit salonfähig machte.

Dass die LPF zumindest im innereuropäischen Vergleich nicht nur rasant schnell aufgestiegen ist, sondern noch schneller wieder abstieg, ist allerdings nicht der Rückkehr der Niederländer zu Multikulturalität und Toleranz zu verdanken. Stattdessen ist wohl noch nie eine Rechtsaußen-Partei mit annähernd unprofessionellem Personal in eine Regierung eingezogen. Lediglich einer der 26 Abgeordneten hatte schon einmal in einem Parlament, allerdings im Europaparlament, gesessen. Pim Fortuyn selbst, der die bunte Truppe in den nur vier Monaten des Bestehens der Liste vor seinem Tod zusammengesucht hatte, soll selbst erklärt haben, er halte viele für kaum parlamentsfähig. Das Drama nahm seinen Lauf: Wenige Stunden nach ihrer Ernennung musste die aus Surinam stammende LPF-Staatssekretärin Philomena Bijlhout wegen ihrer Vergangenheit bei der Volksmiliz des Militärschefs Desi Bouterse zurücktreten. Kurze Zeit später trat Fraktionschef Mat Herben zurück, weil „ihm alles zuviel geworden war“. Als dessen Nachfolger Harvy Wijnschenk sich als Fehlbesetzung herausstellte, ließ Herben sich wenige Tage vor dem Ende der Regierung noch einmal wählen.

Übrig bleibt ein Land, in dem sich viele Menschen sehnlich eine stabile und berechenbare Regierung wünschen – also genau das, was im Mai gezielt abgewählt wurde, weil man ein Ende der niederländischen Konsenskultur wollte. Nachdem LPF und VVD in einer ihrer letzten Regierungshandlungen die EU-Osterweiterung in Frage gestellt hatten, fürchten viele um den Ruf innerhalb der Union. Wie sich das in Wählerstimmen umsetzen wird, ist offen. Bisher sprechen die Umfragen den verbliebenen Koalitionären VVD und CDA eine stabile Mehrheit zu. Auch dort allerdings haben sich in den vergangenen Monaten die EU-kritischen Stimmen gemehrt. Die Sozialdemokraten haben bisher nicht einmal einen Spitzenkandidaten. *Jeannette Goddar*

Ausland**Neuer Kurswechsel**

Im Rathaus von Vitrolles hat der MNR in die eigene Tasche gewirtschaftet. Bruno Mégret will sich mit seiner hoch verschuldeten Partei von der extremen Rechten in Frankreich verabschieden.

„Vitrolles libérée“ (Vitrolles ist befreit) riefen viele jüngere Leute am Abend des 6. Oktober vor dem Rathaus der knapp 40 000 Einwohner zählenden Trabantenstadt von Marseille. Die Kulturvereinigung Le Sous-Marin (Das U-Boot) richtete eine Wahlfeier aus – die Disco des Clubs war Anfang 1998 durch die rechtsextreme Stadtverwaltung dichtgemacht und mit Backsteinen zugemauert worden. Alles, was nicht kontrollierbare Kultur oder Initiativentätigkeit war, bildete in den Augen der damaligen Kommunalregierung unter Catherine Mégret einen Gefahrenherd. Schnell wurde jetzt auch das alte Namensschild des Place Nelson Mandela herbeigetragen. Die Rechten hatten als eine ihrer ersten Amtshandlungen den Platz 1997 umgetauft.

Nach fünf Jahren und acht Monaten ist Vitrolles die rechte Camarilla im Rathaus los. Die extreme Rechte hat in Vitrolles ihr letztes politisches „Labor“ verloren. Der Bürgermeister von Marignane, Daniel Simonpieri, ist zu Anfang dieses Jahres aus dem MNR ausgetreten. Damit bleibt der Mégret-Partei kein kommunales Standbein mehr.

Die Nachfolger im Rathaus von Vitrolles entdeckten eine desasterhafte Situation. Dass die öffentlichen Dienste gezielt vernachlässigt worden waren, um sich durch Senkungen der kommunalen Steuern bei einem bestimmten Wählerpublikum beliebt zu machen, war bekannt. „Es regnet in unseren Schulen herein, die Kantinen entsprechen nicht mehr den gesetzlichen Normen, die sportlichen und kulturellen Einrichtungen sind verwahrlost“, resümiert der neue Bürgermeister Guy Obino. In Vitrolles wurden unter der Mégret-Stadtverwaltung 106 Euro pro Einwohner in diese Infrastrukturen investiert, während es im regionalen Durchschnitt (Südostfrankreich) 229 Euro pro Kopf sind.

Doch auf der anderen Seite war das Geld mit vollen Händen ausgegeben worden. Vorzugsweise, um den Parteiapparat des MNR und ein klientelistisches Netzwerk zu unterhalten. „Offiziell zählt der

örtliche öffentliche Dienst 833 Mitarbeiter. Wir haben aber bei unserer Ankunft Lohnzettel für 1600 Personen vorgefunden“, berichtete Obino am Ende der ersten Woche im Rathaus.

Oftmals waren, so stellt der Abschlussbericht des regionalen Rechnungshofs in Marseille über die Finanzverwaltung von Vitrolles fest, gänzlich unerfahrene Mitarbeiter eingestellt worden, um anschließend die ihnen eigentlich zukommenden Aufgaben an private Subunternehmen abzugeben. Der Untersuchungsbericht des Rechnungshofs ist am 23. Oktober publik geworden. Die Richter hatten bereits seit Februar dieses Jahres wegen der finanziellen Unregelmäßigkeiten in Vitrolles ermittelt. Sie stellen in ihrem Report auch fest, dass jährlich allein 150 000 Euro für Portokosten im Rathaus ausgegeben worden seien – zum größten Teil für Aufgaben des MNR-Parteiapparats.

Die Mégrets haben faktisch bereits ihren Abschied von Vitrolles – wo sie nie ihren Wohnsitz hatten – genommen. Am 23. Oktober hat Bruno Mégret die Rückgabe seines kommunalen Mandats in Vitrolles erklärt. Gattin Catherine, das frühere Stadtoberhaupt, wurde in Vitrolles nicht mehr gesichtet.

■ Regionalparlamentarier gehen auf Distanz ■

Neues Ungemach steht der Mégret-Partei ins Haus: Bekannt wurde jetzt auch, dass die Schulden der Partei 4,7 Millionen Euro betragen – bisher war von rund 3 Millionen Euro ausgegangen worden. Und prompt platzte dann die nächste Bombe. Am 9. Oktober teilte das französische Verfassungsgericht mit, es habe die Prüfung der Wahlkampfkosten der Kandidaten zur Präsidentschaftswahl vom 21. April abgeschlossen. Nach erfolgter Prüfung würden die Kosten nun erstattet, mit Ausnahme jener eines Kandidaten: Der heißt Bruno Mégret. Es war einmal mehr die besondere Art und Weise, mit der die Stadt Vitrolles vom MNR verwaltet worden war, die zum bösen Erwachen führte. Bruno Mégret habe eindeutig die Wahlgesetze auf schwere Weise verletzt, befanden die Verfassungsrichter, indem er Mitarbeiter des öffentlichen Diensts von Vitrolles während ihrer Dienstzeit als Wahlkampfhelfer eingesetzt habe. Mégret wird von seinen 1,07 Millionen Euro (offizieller) Wahlkampfkosten nichts zurückgezahlt. Und er muss die Vorauszahlung von 153 000 Euro, die er bereits einkassiert hatte, zurückerstatten.

Bereits am Montag nach den Wahlen in Vitrolles kehrten erneut Kader und Mandatsträger dem MNR den Rücken. Die bisherige MNR-Fraktion im Regionalparlament von Rouen beschloss, „auf Distanz zur Partei zu gehen“, und benannte sich um in „Entente nationale et identitaire“ (Nationale und identitäre Eintracht). Die MNR-Regionalparlamentarier in Montpellier traten ebenfalls aus und bilden ihrerseits eine neue Fraktion unter dem Namen „Midi – identité et liberté“ (Südfrankreich – Identität und Freiheit). Der elsässische Rechtsaußen-Regionalist Robert Spieler, der den Mouvement Régionaliste Alsacien (MRA, Elsässische Regionalbewegung) gründete, reaktivierte am 29. September die Plattform „Alsace d’abord“ (Elsass zuerst). So soll künftig eine neue Sammelbewegung heißen, welcher der bisherige MRA und die ehemaligen MNR-Kader der Region angehören sollen. Unter ihnen ist Stéphane Bourhis, der bisher für den MNR im Regionalparlament von Strasbourg saß.

Am 17. November wird der geschwächte MNR nun seine nationale Führungstagung abhalten. Vom „Neugründungskongress“, der noch im Sommer für Oktober angekündigt und mit einigen Hoffnungen auf Neubelebung verbunden worden war, ist inzwischen keine Rede mehr. Die MNR-Pressesprecherin, Séverine Souville, erklärte auf Nachfrage, „ein Kongress im engeren Sinne“ sei nicht geplant. Auf der Tagung will Mégret nunmehr die Führungsspitze neu besetzen – Jean-Yves Le Gallou (Nummer 2) und Frank Timmermans (Nummer 3) haben ihre Parteiämter niedergelegt – und den neuen Kurs bestätigen. Seit Ende August dieses Jahres lautet die Linie nämlich: „Abschied von der extremen Rechten“. Gegenüber der Presse behauptet Mégret sogar: „Seit der Abspaltung vom FN 1999 habe ich gegenüber den Exzessen der extremen Rechten die Verbindungen kappen wollen. Die Umstände haben es nicht erlaubt. Ich musste Schritt für Schritt vorgehen.“ („Le Monde“, 9.10.2002). Sprecherin Souville betonte, es gehe darum, die Brücken zur extremen Rechten – der einige Mitglieder verhaftet geblieben seien – abzubauen.

Einem Bericht der Zeitung „Libération“ zufolge wollen einige Kader des MNR versuchen, auf der Tagung im November einen Führungswechsel herbeizuführen, also gegen Mégret zu putschen. Doch wahrscheinlich lohnt es sich für sie kaum noch, den möglicherweise abbruchreifen Laden zu übernehmen. Und viele bisherige Funktionäre räumen ein, sie fänden es wenig aussichtsreich, sich die Parteischulden aufzuladen. *Bernhard Schmid*

Demokratische Initiativen

Verdienste erworben

Auszeichnung für Wolfgang Clement

Erster Preisträger war Johannes Rau, der die Medaille 1991 bekam. Es folgten Herbert Schnoor, der frühere Innenminister von Nordrhein-Westfalen und sein Amtsvorgänger Burkhard Hirsch. Auch Bundespräsident a.D. Roman Herzog hat sie bekommen und Rita Süßmuth und vor zwei Jahren das Ehepaar Else und Berthold Beitz. Alle haben sich als Nichtjuden um die hiesige jüdische Gemeinschaft verdient gemacht. Nun war Wolfgang Clement an der Reihe, allerdings nicht als Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, sondern als NRW-Regierungschef. Der „Macher“ war sichtlich gerührt, als Ruth Rubinstein vom Vorstand der jüdischen Gemeinde Düsseldorf ihm am 10. Oktober die Josef Neuberger-Medaille überreichte – eine Auszeichnung, die nicht ihresgleichen habe, sagte Clement zu Beginn seines Dankes. Sie sei ein Wunder ebenso wie die Existenz jüdischer Gemeinden in Deutschland trotz Holocaust. Er habe jene Jahre nicht erlebt. Ihn hätten die Menschen geprägt, die nach der Befreiung die Erinnerung an den Terror und die Opfer wach gehalten und gegen einen Schlussstrich gekämpft hätten.

Zuvor hatte der Zentralratsvorsitzende der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, in seiner Laudatio Clement für dessen Engagement bei der Sicherung jüdischer Gemeinden gedankt. Das gelte sowohl für die Gründung jüdischer Schulen in Düsseldorf und Köln als auch für den erweiterten Staatsvertrag, um den jüdischen Gemeinden im Land die finanziellen Grundlagen zu garantieren.

Der aus Düsseldorf stammende Josef Neuberger war in der Reichspogromnacht 1938 von SA-Schlägern schwer misshandelt worden. Er flüchtete nach Palästina. Nach der Befreiung kehrte er nach Düsseldorf zurück. Als überzeugter Sozialdemokrat wurde der Jurist in den Stadtrat gewählt. Außerdem wählte ihn die jüdische Gemeinde in den Vorstand. 1972 holte ihn Ministerpräsident Heinz Kühn, ebenfalls NS-Vertriebener, als Justizminister in sein Landeskabinett. Neuberger starb 1977. Zu seinem 100. Geburtstag am 11. Oktober dieses Jahres hat der Essener Staatsanwalt Bernd Schmalhausen im Nomos-Verlag eine Biographie des engagierten Juristen veröffentlicht. *Heiner Lichtenstein*

Demokratische Initiativen**Engagement gefragt**

Die Vereine „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ und „Wider das Vergessen“ haben sich zusammengetan.

Fünf Forderungen an den Deutschen Bundestag gehörten zum Programm der Mitgliederversammlung des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ am 25. Oktober in Leipzig: Die Arbeit in Gedenkstätten und Erinnerungsorten muss weiterentwickelt werden. Bisher vergessene Opfer müssen endlich besser entschädigt werden. Der Fond „Erinnerung und Zukunft“ soll baldmöglichst seine Arbeit aufnehmen. 8. Mai und 9. November sind als „Denk-Tage“ intensiver zu würdigen. Schließlich: politischer Extremismus, Neonazismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit dürfen keine Chance bekommen.

Über die Formulierung dieser Forderungen wurde lange diskutiert, um nichts zu vergessen. Die Einigung war schließlich einmütig. Wie überhaupt die Versammlung von Offenheit, Engagement und Erneuerung geprägt war. Hans Koschnik, der Vorsitzende, wurde in seinem Bericht und im Ausblick auf kommende Aktivitäten konkret. „Da wir die Erfahrungen der so genannten Zeitzeugen ... nur noch selten in Veranstaltungen mit einbeziehen können, verlieren wir eine der wirksamsten und beeindruckendsten Möglichkeiten, die Umstände dieser Zeit zu beleuchten.“ Deshalb mussten „authentische Orte“ gesichert werden: Die Gedenkstätten der Nazis und der DDR-Diktatur, Dachau, Buchenwald, Bautzen, Hohenschönhausen, Verhörkeller, U-Haftanstalten, Grabstätten. Koschnik appellierte an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags, sich zumindest für eine Geste gegenüber den Opfern der NS-Verbrechen in den griechischen Orten Kalavryta und Distomo zu entscheiden. Die zu Zwangsarbeitern degradierten italienischen Kriegsgefangenen seien bei der Entschädigung zu berücksichtigen. Bei den SED-Opfern sei die Beweisspflicht zu ändern. Zur Zeit müssen sie nämlich beweisen, dass sie in der Haft gesundheitliche Schäden erlitten hatten.

Geschäftsführer Klaus Lindenberg wies darauf hin, dass es nie eine „Stunde Null“ gegeben hat und ein „Schlussstrich“ nicht in Betracht komme. Er regte an, intensiver zu fragen, wie politische (NS)-Verbrecher an die Macht zu gelangen vermochten, als

sich „an den schrecklichen Ereignissen ... zu orientieren“. Hinzuzufügen wäre, dass auch die Rückkehr von NS-Größen in die bundesdeutsche Gesellschaft analysiert werden sollte, ebenso, warum die meisten NS-Verfahren vor Eröffnung der Hauptverhandlung klammheimlich eingestellt wurden. Mit 2250 Mitgliedern stehe der Verein gut da, doch gelte künftig, junge Menschen für die Arbeit von „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ zu gewinnen.

Dieser Gedanken bildete den Mittelpunkt der Begrüßungsrede von Leipzigs Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee (SPD). Er sprach als DDR-Bürger aus Erfahrungen, als er davor warnte, Demokratie als etwas Selbstverständliches anzusehen. Sie sei vielmehr immer gefährdet und müsse deshalb „behütet und geschützt“ werden. Lächelnd wies Tiefensee auf die häufigen Demonstrationen von Neonazis in Leipzig hin. Sie kämen vor allem wegen des symbolträchtigen Völkerschlachtdenkmal. Hinter dem Lächeln verbarg sich der Stolz, es diesen ungebetenen Gästen immer wieder zu zeigen. Leipzig ist berühmt wegen seiner Montagsdemonstrationen, aber auch wegen des Umgangs mit den Rechten. Sie werden einfach ausgelacht und das mit Erfolg. Sie ziehen nämlich ab.

Der Verein, der sich jetzt mit dem Verein „Wider das Vergessen“ zusammengetan hat, wird 2003 seit zehn Jahren bestehen. Außerdem muss im nächsten Jahr zahlreicher Ereignisse gedacht werden. Am 5. Mai 1933 wurden die freien Gewerkschaften verboten, am 10. Mai 1933 Bücher verbrannt. 9. November 1918 Ausrufung der Weimarer Republik, 1923 folgte der Hitlerputsch, 1938 die Pogromnacht. Am 15. Dezember 1943 befahl Himmler, die Sinti und Roma ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau zu deportieren. *Heiner Lichtenstein*

Hinweis

Weimar – Am 9. und 10. November findet in Weimar der mittlerweile 12. Thüringer „antirassistische/antifaschistische Ratschlag“ statt. Mit dem Datum wollen die Organisatoren, die unter anderem vom DGB, DGB-Bildungswerk Thüringen und gesellschaftlichen Initiativen unterstützt werden, auch an die Pogromnacht vom 9. November 1938 erinnern. Geboten werden in Weimar zahlreiche Foren und Workshops. Die Abschlusskundgebung und -aktion am 10. November um 15.00 Uhr steht unter dem Motto „Antisemitismus ächten!“.

Kontakt: DGB-bwt, Warsbergstr. 1, 99092 Erfurt, Fax 0361/2172727, E-Mail: ratschlag@lag-antifa.de

Dokumentation

Kein „Tabubruch“

Der Verein „Gegen Vergessen Für Demokratie“ setzt sich für die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und Bekämpfung von Rechtsextremismus ein. Dazu wurde am 25. Oktober in Leipzig ein Appell verabschiedet, den wir in leicht gekürzter Form veröffentlichen.

(...) „Die Kenntnis der Vergangenheit muss auch für künftige Generationen eine wichtige Grundlage für die Stärkung von Demokratie und rechtsstaatlicher Verantwortung in unserer Gesellschaft bleiben. ... Ausgrenzung von Minderheiten, Fremdenfeindlichkeit, Hinnahme von Verletzung von Menschenrechten sind nach wie vor an den Rändern, aber auch in der Mitte unserer Gesellschaft anzutreffen. Ihnen konstruktiv zu begegnen, bietet die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit eine notwendige Basis. Dabei muss jede neue Generation ihre eigenen Zugänge entwickeln und finden. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist nicht rückwärtsgewandt, sondern stärkt eine Kultur geistiger und politischer Auseinandersetzung.“

Die Arbeit der Gedenkstätten ... ist heute gesicherter als je zuvor. Dazu hat die Förderung der Gedenkstättenarbeit durch den Bund beigetragen ... Diese Förderung sollte jedoch auch beachten, dass dem Charakter der Gedenkstätten als Orte des Gedenkens und der Trauer und gleichzeitig als Orte historischer und politischer Bildungsarbeit und internationaler Begegnung Rechnung getragen wird. Neben den Gedenkstätten an Orten ehemaliger Konzentrationslager bleiben lokale und regionale Erinnerungsorte Zeichen einer aktiven Erinnerungskultur. So sind z.B. die Orte der 'Euthanasie-Verbrechen, der Aussonderung von Minderheiten, aber auch der Planung und Organisation von Verbrechen bei der Förderung zu berücksichtigen. (...)

Noch immer bestehen Mängel bei der Entschädigung von einzelnen Opfergruppen, so besonders bei den Härtefallregelungen für Opfer des nationalsozialistischen 'Euthanasie'-Programms, für Zwangssterilisierte, aber auch bei den Regelungen für Opfer der NS- und Wehrmachtsjustiz. (...) Die begonnene Entschädigung für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter durch die vom Bundestag eingerichtete Stiftung 'Erinnerung, Verant-

wortung und Zukunft' begrüßen wir. Die ehemaligen so genannten italienischen Militärinternierten sind allerdings ... von einer Entschädigungsleistung ausgenommen worden. Die von allen Fraktionen getragene Begründung zur Errichtung einer Stiftung sieht aber vor, dass Kriegsgefangene, die in den Zivilarbeiterstatus überführt worden sind, für Zwangsarbeit entschädigt werden können. (...)

Nach Abschluss der juristischen Auseinandersetzungen in Griechenland ermutigen wir die Bundesregierung, jetzt einen Beitrag zum würdigen Gedenken vor Ort zu leisten. Dies ermöglicht, dass Distomo, Kalavryta und andere Stätten deutscher Kriegsverbrechen nicht nur Orte der Erinnerung bleiben, sondern auch einen besseren Weg in die Zukunft aufzeigen. (...)

■ Antijüdische Klischees dürfen nicht hoffähig werden ■

Die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ... gehört ... zu den vordringlichen Aufgaben unseres Gemeinwesens. Sie darf auch in Zeiten knapper Mittel nicht eingeschränkt, sondern muss im Gegenteil weiter ausgebaut werden. Es geht um die weitere Sicherung von Menschen- und Bürgerrechten und bedeutet eine wertvolle Investition in unsere demokratische Zukunft. Antijüdische Klischees und Stereotypen, auch wenn sie als 'Tabubruch' oder 'Provokationen' deklariert werden, dürfen nicht wieder hoffähig gemacht werden. Sie sind ein Zeichen für eine unverantwortliche Abkehr von gemeinsamen Grundwerten unserer Gesellschaft: der Achtung und dem Schutz der Würde und der Rechte jedes einzelnen Menschen. (...)"

An den neu gewählten Bundestag appelliert der Verein deshalb:

1. Die Förderung der Arbeit in Gedenkstätten und Erinnerungsorten muss weiterentwickelt werden.
2. Die 'vergessenen Opfer' müssen endlich entschädigt werden.
3. Der Fond 'Erinnerung und Zukunft' muss seine Fördertätigkeit so bald wie möglich ... aufnehmen.
4. Der 8. Mai und der 9. November sollten als 'Denk-Tage' stärker in die öffentliche Würdigung einbezogen werden.
5. Weiterhin muss alles getan werden, um dem politischen Extremismus, insbesondere dem Neonazismus, Antisemitismus, Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit den Boden zu entziehen."

Bücherschau**Stichwortgeber**

Seit dreißig Jahren gibt es die Neue Rechte, und ebenso lang tut man sich schwer mit ihrer Einschätzung. Tauchte sie in den 70er Jahren schon mal in Verfassungsschutzberichten auf, so war sie in den 80ern verschwunden. Einer der ersten, der sie ernst genommen hat, war der damalige nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor. Er hat vor antidemokratischen Inhalten mit intellektueller Verbrämung gewarnt, wobei zunächst nicht die Zeitung „Junge Freiheit“ gemeint war, sondern eine Vielzahl von Publikationen, die eine „Kulturrevolution von rechts“ herbeischreiben wollten und etablierte Mitstreiter für ihre Sache gewinnen konnten. Der bayerische Innenminister Günter Beckstein hat zehn Jahre länger gebraucht. 2001 bemerkte er, dass rechtsextreme Intellektuelle, die antidemokratisches Gedankengut modernisieren wollen, ebenso gefährlich sein können wie rechtsextreme Kräfte alter Prägung.

In der bayerischen Landeshauptstadt war jahrzehntelang eine Zeitschrift beheimatet, die als ältestes Organ der Neuen Rechten gelten darf: „Criticón“. Mit ihr befasst sich die Dissertation von Friedemann Schmidt, die von der Studienstiftung der „Süddeutschen Zeitung“ unterstützt wurde.

Diese Untersuchung widmet sich der „Criticón“-Strategiedebatte in den 90er Jahren. Unter Führung des Publizisten Armin Mohler, den Peter Glotz „die kluge Spinne im neurechten Netz“ nennt, hat sich eine Orientierung an der französischen Nouvelle Droite durchgesetzt. Über die Popularisierung dieser Denkschule, die über Frankreich hinaus stil- und ideologiebildend für die gesamte westeuropäische Neue Rechte wirkt, gelang es Mohler, die Ideenwelt der antiliberalen Vordenker des Nationalsozialismus, die „Konservative Revolution“ der Weimarer Zeit, in die deutsche Debatte zu reimportieren – einem Anliegen, dem sich Mohler – wie der Autor zurecht schreibt – bereits seit dem Zweiten Weltkrieg verpflichtet sieht.

Das Buch ist die erste profunde wissenschaftliche Untersuchung der Zeitschrift „Criticón“, obwohl das Blatt seit seiner Gründung im Jahre 1970 – neben der später hinzugekommenen „Jungen Freiheit“, das wichtigste Organ der deutschen neuen Rechten im „Brückenspektrum“ zwischen Konser-

vatismus und Rechtsextremismus ist. Von der Auflage her möchte man es eher als marginal einstufen, aber seine publizistische Wirkung zeigt sich eben auch in der Vorbildfunktion für verwandte Zeitschriftenprojekte und in der Präsenz von „Criticón“-Autoren in renommierten konservativen Zeitungen. Zudem hat Schmidt maßgebliche Publikationen aus dem neurechten Spektrum miteinbezogen, Sammelbände, Manifeste, andere Periodika und Veröffentlichungen der „Criticón“-Autoren außerhalb der Zeitschrift. Dabei kann man staunen, wie viele Stichwortgeber für öffentliche Debatten aus diesem Kreis kommen. Schmidt nennt sie eine „Erbengemeinschaft des antidemokratischen, deutsch-nationalen Konservatismus, dessen ideologische Programmatik seit dem Kaiserreich weitgehend unverändert geblieben ist“ (S. 336f).

Wie weit der Einfluss von solchen politischen Publizisten und Intellektuellen reicht, wie Demokratie gefährdend die Rufe nach Beseitigung einer Erinnerung an Auschwitz sind, nach Beseitigung von „Denkverböten“ und „Sprachregelungen“, darüber gibt es recht unterschiedliche Einschätzungen ebenso wie über die Frage, ob eine Unterwanderung durch neue Rechte stattfindet. Nach Schmidt ist eine solche Unterwanderung deshalb weniger gegeben, weil Teile der politisch Agierenden ganz freiwillig die Stichworte der neuen Rechten übernehmen. Das scheint angesichts mancher Vorkommnisse gar nicht übertrieben. Die „Deutsche Polizei“ hat so zum Beispiel im April 2002 eine Titelgeschichte über illegale Einwanderung gedruckt, die zuvor in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ fast wortgleich zu lesen war. Und etliche Politiker oder auch Ordinarien finden es nicht mehr degoutant, einer neurechten Zeitung ganzseitige Interviews zu geben.

Übrigens tut sich nicht nur die Politik mit der Neuen Rechten schwer. Auch in Medien, zumal denen, die Bilder brauchen, kommt sie kaum vor. Wenn man sich ihrer annimmt, ist die Recherche meistens dürftig oder es wird wiederholt, was andere Journalisten schon Jahre vorher ausgegraben hatten. Das mag auch daran liegen, dass Springerstiefel, Himmler-Haarschnitt und Fahnen der geforderten Bildattraktivität eher entgegenkommen als adrette Akademiker. Anstöße und Material über die Neue Rechte liefert Friedemann Schmidts Doktorarbeit genug.

Franziska Hundseder

Friedemann Schmidt, Die Neue Rechte und die Berliner Republik, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2001, 400 Seiten, 39,90 EUR.

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Junge Freiheit“ (JF), 17. Jg., Nr. 41-43/2002: Der Union werden kräftig die Leviten gelesen: Eine dauerhaft strukturelle Mehrheit gegen Rot-Grün bedürfe einer „parteipolitischen rechten Alternative“, die jedoch von der Unionsführung, „fanatischer als dies selbst Linksextremisten tun“, bekämpft werde, kritisiert Chefredakteur Dieter Stein. „Weltanschaulich wirr“ sei sich die CDU/CSU „über eines einig: den Kampf gegen rechts“, bekräftigt Hans-Helmuth Knütter. Durch „Ladenhüter Geißlerschen und Süßmuthschen Kalibers“ wie „neue Lebensformen“ habe die CDU ohnehin ihren Ruf bei „ihrer konservativen Stammwählerschaft anhaltend ruiniert“, merkt Stein an. Dies bekräftigt auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann, der im JF-Interview dafür plädiert, „mit klaren Aussagen den konservativen Wählern wieder mehr Hoffnung“ zu geben – im „diametralen Gegensatz zu den heute noch verfolgten Zielen der damaligen 68er und der heutigen Grünen“. Für Klaus Hornung dient die Einbürgerungspolitik seit 2000 – für ein „neues synthetisches multikulturelles ‘Volk’“ – dem Zweck der „Schaffung immer günstigerer Mehrheitsverhältnisse für Rot-Grün“. Und wer hier „mit der nötigen Klarheit gegenzusteuern“ versuche, erhalte „natürlich die Fremdenfeindlichkeitskeule“, beklagt der Präsident des Studienzentrums Weikersheim. Deutschland im Jahre 2002 zeige immer noch „die kleinkarierte Gier nach Kosmopolitismus“, mokiert sich Dieter Stein und träumt von einem schwarz-rot-gold verpackten Brandenburger Tor, bei dessen Enthüllung „in die atemlose Stille hinein die Nationalhymne gespielt“ wird. Im Interview darf sich der ungarische Antisemit István Csurka über die Medien als „eigenständige ‘Weltmacht’“ und die Journalisten „nicht selten jüdischer Herkunft“ auslassen. „Die Gefahren, die von dem Mediengiganten Bertelsmann für das geistige Klima und die Meinungsvielfalt in Deutschland ausgehen“, geißelt Doris Neujahr. Das neue Buch von „Bertelsmann-Favorit“ Daniel Goldhagen werde vermutlich von Lea Rosh für den Buchclub empfohlen, erwartet die JF-Autorin. Selbst hält man es bei der JF lieber mit Werken wie dem „Handbuch des Linksextremismus“ von Knütter/Winckler oder „Das antifaschistische Milieu“ von Claus Wolfschlag“. Zur Buchmesse werden ferner Titel der Editionen JF und Antaios beworben. (gn)

„Nation&Europa“ (NE), 52. Jg., Heft 10/2002: Ein gewisse Tragik obwaltet zweifellos, wenn man eine Wahl zu kommentieren hat, die nur Sieger, aber, abgesehen von den Grünen, keine Gewinner gebracht hat, vor allem nicht im eigenen Lager. Das gilt auch für Harald Neubauer, der seiner Klientel erklären muss, warum sie richtig lagen, trotzdem nur 1,8 Prozent zusammen für Schill-Partei, die Republikaner und die NPD heraus gekommen waren: Denn „die fehlten Stoiber schließlich im Kopf-an-Kopf-Rennen“. Deshalb wirft man Edmund Stoiber („Unionskandidat ... , der sprachlich von Heinrich Lübke abstammt“) vor, dass er das „Scheitern“ der Rechten“ bejubelt habe. Der FDP macht man dann den Vorwurf, sie habe „wenige Tage vor der Wahl ... Hackfleisch aus ihrem wirksamsten Stimmenfänger“ Möllemann gemacht, dem 26 Prozent der Wähler recht gegeben hätten. Im Übrigen herrscht Resignation, so stürzt man sich auf die Korruption („Demnächst schlimmer als in Botswana“), die Privatisierung bei der Infrastruktur der Bundeswehr (was passiert im Ernstfall?), die Graffiti-schäden (Schuld haben „liberale‘ BRD-Gerichte mit ihren 68er-Robenträgern“), die Verhöhnung von deutscher Sprache durch die Aktion re:spect. Der Antisemitismus erhält eine neue Variante unter dem Titel „Kommen Millionen Israelis?“. Prophezeit wird, man müsse sich auf 5,85 Millionen einstellen, wenn es „im Nahen Osten kracht“. Hilmar Gerber befasst sich mit der Rolle der Juden in den USA: „Welchen Einfluss hat die zionistische Lobby?“ Ausgangspunkt ist wieder einmal das Projekt einer jüdischen Weltherrschaft aus den „Protokollen der Weisen von Zion“. Natürlich sei Lobby etwas Gutes, aber bitte Beachtung der „demokratischen Transparenz“, dann gebe es auch keinen Antisemitismus. Klaus Hansen mokiert sich über das Verbot von Rudolf-Heß-Gedenkmärschen in Wunsiedel, habe doch Bundesinnenminister Otto Schily bei der Würdigung des als Widerstandskämpfer hingerichteten Albrecht Haushofer kein Wort über dessen „enge Freundschaft zu Rudolf Heß“ verloren. Fritz Stenzel wirft der ARD vor, dass sie Adolf Hitler der Korruption geziehen hat, zumal der bayrische Staat ungeniert dessen Vermögen an sich genommen habe. Franz Schönhuber beschäftigt sich mit Jörg Haider und kritisiert zu dem Auftritt von Ronald Schill im Bundestag, mit wehmütigem Rückblick auf seine eigene Parlamentszeit, während der auch ihm mehrfach das Mikrofon abgestellt worden sei, die „konservative Feigheit“. Schönhuber vergisst nicht hinzufügen, wegen der „Anbiederung an Scharon“ stoße Schill bei ihm auf keine besondere Sympathie. (khr)

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** – Die antisemitische islamistische Gruppe Hizb ut-Tahrir lud am Sonntag, den 27. Oktober zu einem Vortrag „Der Irak – ein neuer Krieg und die Folgen“ in die Technische Universität Berlin ein. Rund 300 Personen sollen der Einladung der als verfassungsfeindlich eingeschätzten Gruppe gefolgt sein. Informationen des in Berlin erscheinenden „Tagesspiegel“ zufolge befanden sich unter den Teilnehmern der gegen die USA und Israel gerichteten Agitationsveranstaltung Horst Mahler und der NPD-Vorsitzende Udo Voigt.

■ **Düsseldorf** – Der nordrhein-westfälische Innenminister Fritz Behrens warnt davor, die besondere Gefährlichkeit der NPD wegen deren dürftigen Wahlergebnisses zu unterschätzen: „Die NPD kollabiert seit einigen Jahren ungeniert mit der gewaltbereiten Skinhead- und Neonazi, um mehr Jugendliche an sich zu binden“, betonte der SPD-Innenminister am 22. Oktober in Düsseldorf. Auch die anderen rechtsextremen Parteien werde der Verfassungsschutz im Blick behalten: „Fremdenfeindliche und antisemitische Straf- und Gewalttaten Jugendlicher basieren häufig auf diffusen Feindbildern. Und die werden ihnen von Parteien wie REP, DVU und NPD geliefert“, hob Behrens hervor.

■ **Erfurt** – Das Comeback von Paul Latussek im Landesvorstand des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Thüringen ist gescheitert. Anhänger des Ex-Landeschefs hatten Mitte Oktober versucht, seine im März gewählte Nachfolgerin Christa Schulz zu stürzen. Der 66-jährige Latussek amtierte von 1990 bis 2001 als BdV-Landeschef und war zeitweilig Bundesvize der Vertriebenenorganisation. Parteipolitisch engagierte sich der Revanchist zunächst bei der DSU, später beim Bund Freier Bürger. Latussek trat auch schon als Referent bei der rechtsextremen Gesellschaft für Freie Publizistik auf. Veröffentlichungen von Latussek finden sich in „Nation&Europa“, im „Ostpreußenblatt“, „Witiko-Brief“ und in der „Jungen Freiheit“.

■ **Essen** – Interviewpartner der aktuellen Ausgabe des Neonazi-Blattes „Triskele“ (Postfachanschrift in Essen), einem „Rundbrief für Kameraden/innen“, ist ein namentlich nicht genannter Vertreter der Deutschen Heidnischen Front (DHF). Er berichtet unter anderem, dass die DHF sich auf die

„über 4000 Jahre indogermanische Kultur beruft“. Hauptgründer der 1998 ins Leben gerufenen DHF, deren Mitglieder zumeist aus der „Schwarz Metal Szene“ kamen, war der Neonazi Hendrik Möbus. Einmal im Monat veranstaltet jeder DHF-„Gau“ einen „Thing“, wozu Interessenten eingeladen werden können. Die DHF ist Teil der Allgermanischen Heidnischen Front, deren Führung in Schweden sitzt. Ableger der Allgermanischen Heidnischen Front existieren in Dänemark, Schweden, Norwegen, USA, Kanada, England, Belgien, Niederlande und Russland.

■ **Kirchmöser** – Erkenntnissen des brandenburgischen Landesamtes für Verfassungsschutz zufolge unterhält der in Tutzing/Bayern ansässige rechtsextreme Bund für Gotterkenntnis e.V. (BfG; Luldendorff) neuerdings mit dem „Haus Märkische Heide“ in Brandenburg-Kirchmöser ein neues Tagungshaus. Bislang hatte der BfG nur gelegentlich in Brandenburg seine Schriften verbreitet, aber keine Strukturen aufgebaut. Im brandenburgischen Verfassungsschutzbericht war er bisher nur einmal, im Jahre 1997, erwähnt worden.

■ **München/Offenbach** – Der Anti-Antifa-Strateg Claus-M. Wolfschlag aus Offenbach wird erstmals in einem Verfassungsschutzbericht namentlich genannt. Der Zwischenbericht für 2002 des bayerischen Landesamtes informiert, dass Wolfschlags Buch „Das antifaschistische Milieu – vom Schwarzen Block zur Lichterkette – Die politische Repression gegen ‘Rechtsextremismus’ in der Bundesrepublik Deutschland“ vom rechtsextremen Nation Europa Verlag vertrieben werde. Weiter wird erwähnt, dass Wolfschlag Referent bei der Bur-schenschaft Danubia sei. Sein Auftritt bei den Danuben am 23. Februar 2002 zum Thema „Antifaschismus – Terror von links“ zeige, so die bayrischen Verfassungsschützer, dass die Danubia „weiterhin keine Berührungängste gegenüber Referenten“ habe, „die zur Verharmlosung des Rechtsextremismus tendieren.“ Wolfschlags Werk wurde am 14. Februar 2001 von der Bonner Universität als Dissertation angenommen. Doktorvater ist der emeritierte Professor Hans-Helmuth Knütter.

■ **Nürnberg** – Das Oberlandesgericht Nürnberg hat am 10. Oktober die Berufung des ehemaligen SS-Hauptsturmführers Erich Priebke gegen den Filmproduzenten Artur Brauner zurückgewiesen und bestätigte damit das Urteil des Landgerichts Nürnberg-Fürth vom 31. Mai 2001. Der 8. Zivilsenat des OLG stellte fest, dass die Äußerung, Priebke habe als

„Kriegsverbrecher zigtausende auf dem Gewissen“ eine zulässige Meinungsäußerung darstellte und Priebke daher keinen Anspruch auf Unterlassung habe. Auch die Bezeichnung Priebkes als „Massenmörder“ sei von der Meinungsfreiheit gedeckt und daher zulässig. Bei beiden Verhandlungen wurde Priebke von Rechtsanwalt Richard Pemsel verteidigt. Pemsel ist Autor des revisionistischen Grabert-Verlages und Referent beim rechtsextremen „Deutschen Seminar“. Priebke, der in Italien unter Hausarrest steht, pflegt intensive Kontakte zu Alt- und Neonazis in der Bundesrepublik.

■ **Offenbach/Berlin** – Der Multipublizist Franz Schönhuber sieht in keiner der rechtsextremen Parteien in Deutschland eine Perspektive. So soll Schönhuber vor 300 Gästen einer Veranstaltung seines Leibblattes „Nation&Europa“ erklärt haben, dass diese Parteien verschwinden müssten, erst dann werde „ein neuer Anfang möglich sein“. Dies berichtete die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (Ausgabe 43/02). Angekündigt war die Veranstaltung vom 12. Oktober, an der auch der FPÖ-Stratege Andreas Mölzer teilnahm, in der Zeitschrift „Nation&Europa“.

■ **Olsberg** – Die Gewerkschaft Transnet, die frühere Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED), hat die Sauerländerin Daniela Wegener aus ihren Reihen ausgeschlossen. Grund seien die Neonaziaktivitäten der 27-Jährigen, hieß es nach einer Sitzung des Transnet-Hauptvorstands. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz hält die Olsbergerin für die „Führungsaktivistin“ der rechtsextremen Szene im Sauerland. Auch überregional ist sie aktiv, unter anderem als Rednerin bei einer Demonstration von Rechtsextremen im März in Köln. Die Gewerkschaft stützte sich bei der Entscheidung auf einen Passus in ihrer Satzung, demzufolge ein Mitglied ausgeschlossen werden kann, das sich „bei rechtsextremistischen, demokratiefeindlichen oder faschistischen Aktionen und Aktivitäten beteiligt“.

■ **Pforzheim** – Der presserechtlich verantwortliche Herausgeber der rechtsextremen Publikation „Freies Wort Pforzheim“, Silvio Corvaglia, hat sich für eine falsche Tatsachenbehauptung entschuldigt und eine Spende an den Pforzheimer Verein „Pro Synagoge“ in Höhe von 100 Euro angekündigt. Ein Mitglied des Vereins hatte zuvor Anzeige wegen des Verdachts der Volksverhetzung gegen den Autor Detlef von Seggern und den Herausgeber Corvaglia erstattet. In dem einfach ge-

haltenen Blatt „Freies Wort Pforzheim“ lautete die Bildunterschrift in der Doppel-Ausgabe 35/36 vom vergangenen Jahr: „Die ehemalige Synagoge aus dem Jahr 1983, die am 23.02.1945 auch ein Opfer des alliierten Bombenterrors wurde“. Tatsächlich fiel die Synagoge im badischen Pforzheim dem Nazi-Terror im November 1938 zum Opfer. Der Beamte Corvaglia ist auch Vorsitzender des 1989 in Pforzheim gegründeten Vereins Freundeskreis ein Herz für Deutschland (vgl. BnR 21/00).

■ **Reutlingen** – Wegen Urkundenfälschung verurteilte das Reutlinger Amtsgericht den baden-württembergischen NPD-Landesgeschäftsführer Janus Nowak (24) zu einer Geldstrafe von 5000 Euro. Weil die Partei in den Wahlkreisen Reutlingen und Münsingen-Hechingen nicht die erforderlichen Unterschriften von 150 Unterstützern erhielt, manipulierte sie nach Ansicht der Richter die Wahlformulare und schaffte so die Zulassung zur Landtagswahl 2001. Frank Marschner (45), den zweiten Angeklagten, sprach das Gericht frei. Juristischen Beistand leistete der Ulmer Rechtsanwalt Steffen Hammer, Sänger der Skinband „Noie Werte“ (BnR 21/02).

■ **Riesa** – Der Deutsche Stimme Verlag in Riesa (Geschäftsführer: Holger Apfel) veranstaltet vom 29. November bis 1. Dezember erstmals einen „Freiheitlichen Kongress“. Motto: „Deutscher Geist statt westliche Dekadenz“. Die Veranstaltung, die an einem noch geheim gehaltenen Ort in „Mitteldeutschland“ durchgeführt werden soll, ist nicht öffentlich. Als Referenten des Kongresses sind angekündigt: Winfried Krauß, ehemaliger NPD-Fraktionsvorsitzender im Frankfurter Römer, der österreichische „Aula“-Autor Walter Marinovic, der ehemalige FPÖ-Bundesparteiobermann und „Aula“-Schriftleiter Otto Scrinzi, Klaus Weinschenk, ehemaliger REP-Chef in Berlin, Baldur Springmann, Aktionsgemeinschaft der Deutschlandliebenden, Pierre Krebs, Thule-Seminar, Ralph Tegethoff, Ex-FAP- und Wiking-Jugend-Kader sowie Klaus Sojka, Ex-DVU-Funktionär. Den „Großen Kulturabend“ wollen die NPD-Barden Frank Renniecke und Jörg Hähnel gestalten.

■ **Stuttgart** – Die Homepage „Unser Auktionshaus“ offeriert allerlei für den rechten Geschmack. Angeboten werden ausschließlich rechtsextreme Devotionalien, darunter Bücher und Fanzines, CDs, Videos und Textilien. Beliebt sind Szene-CDs von neonazistischen Bands wie „Volkszorn“, „Warlord“, „Radikahl“, „Skrewdriver“ und „Brutal

Attack“. Domaininhaber ist Sascha Deuerling mit Postfachadresse in Stuttgart und Kontonummer bei der Postbank Stuttgart.

■ **Weikersheim** – Lediglich 60 Teilnehmer, davon die Hälfte über 70 Jahre, fanden sich zur Eröffnung der 11. Internationalen Studientage (30. September bis 4. Oktober) des Studienzentrums Weikersheim (SZW) im Weikersheimer Schloss ein. SZW-Präsident Klaus Hornung (CDU) attackierte zu Beginn der Veranstaltung – Thema: „Die Erneuerung der Erziehung und Bildung und die Zukunft der Geistesfreiheit in Deutschland und Europa“ – die Bundesregierung und bezeichnete die Lage der Republik als „politisch, geistig und moralisch“ sehr „dramatisch“. Als Referenten waren unter anderem Fritz Schenk, Autor in „Junger Freiheit“ (JF), „Ostpreußenblatt“, „Schweizerzeit“, Walter Krämer, Vorsitzender des Vereins für deutsche Sprache, Josef Schmid, Autor im FPÖ-„Jahrbuch für politische Erneuerung“, Referent bei den „Karlsruher Freitagsgesprächen“ (vgl. S. 6) sowie Ursula Besser, Autorin in der JF und in „Criticon“, geladen.

Ausland

■ **Österreich (Bregenz)** – Das bislang an Teilnehmern stärkste Skinhead-Konzert in Österreich fand am 12. Oktober in Voralberg statt. Zu dem Konzert reisten rund 1000 Glatzen an; darunter Szeneangehörige aus der Bundesrepublik, Tschechien und der Schweiz. Als Organisatoren des Konzertes werden Kader der österreichischen Division des Netzwerkes „Blood&Honour“ vermutet. Vor Ort spielten zehn rechtsextreme Bands auf; darunter „Radikahl“ und „Blitzkrieg“ aus der Bundesrepublik, „Brutal Attack“ aus England und „Max Resist“ sowie „Intimintation One“ aus den USA.

■ **Österreich (Graz)** – Der Freundeskreis Ulrich von Hutten und die Deutsche Kulturgemeinschaft Österreich stifteten erstmals ein „Ehrenschild für junge Mütter“. Bedingungen: „Für jede gesunde Mutter, die mindestens 4 Kinder geboren hat (bis 16 Jahre). Gesunde Familie.“ Das „Ehrenschild“ wird bei der 26. Gästewoche, die vom 1. bis 6. November an einem geheim gehaltenen Ort von den beiden rechtsextremen Organisationen ausgerichtet wird, vergeben. Der Leitsatz der Gästewoche lautet „Die psychologischen Strategien zur Desorientierung des Deutschen Volkes“. Referenten der Gästetagung sind die Rechtsextremisten Andreas Thierry, Karl Bassler, Herbert Schweiger und Lisbeth Grolitsch. Auf der Rednerliste stehen auch

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861
Heft 22/2002 Abo 401917 9
Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10
10999 BERLIN

ehemalige Kader der verbotenen Wiking-Jugend wie Hartmut Wilhelm und Wolfram Nahrath.

■ **Russland (Moskau)** – Einem Bericht des DVU-Sprachrohrs „National-Zeitung“ (18. Oktober 2002) zufolge sind in der russischen Hauptstadt Moskau Vertreter verschiedener rechtsextremer Parteien und Gruppierungen zu einem Gedankenaustausch zusammengetroffen. Darunter: Gerhard Frey (DVU), Wladimir Schirinowskij (Liberal-Demokratische Partei Russlands), Francesco Speroni (Vize der italienischen Lega Nord), Mitsuhiro Kimura von der japanischen Gruppe Issui-Kai und Dominique Chaboche (Front National).

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bvr.de
Internet: <http://www.bvr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung:

Taha Kahya, Vertrieb
Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.